

NRW: Armin Laschet reagiert auf heftige Kritik der Wohlfahrtsverbände und der Opposition

Familienminister will Kindergartengesetz nachbessern

Von Walter Bau

Düsseldorf. Gerade erst im Entwurf vorgelegt, muss das neue Kindergartengesetz für NRW schon wieder nachgebessert werden.

NRW-Familienminister Armin Laschet (CDU) kündigte gestern Korrekturen am vorliegenden Entwurf seines Kinderbildungsgesetzes, kurz Kibiz, an. Dort, wo der zuvor zwischen allen Beteiligten erreichte Kompromiss „nicht präzise genug umgesetzt wurde, wird das Gesetz vor Kabinettsbeschluss verbessert“, so der Minister. Er wolle den Konsens „1:1 ins Gesetz übernehmen“.

Laschet reagierte damit auf heftige Kritik an seinem Ent-



Nach der Kritik am Kindergartengesetz hat die Landesregierung Nachbesserungen zugesagt. (WR-Bild: Franz Luthe)

wurf. So hatten die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege, zu denen etwa Caritas, Arbeiterwohlfahrt und DRK zählen, in einem

Schreiben an Laschet moniert, dass der Entwurf „die Vorgaben des Konsenses an wichtigen Punkten nicht beachtet“. In dem Entwurf sind

vor allem die Eckpunkte der künftigen finanziellen Ausstattung der Kindertageseinrichtungen geregelt. Hier fürchteten die Träger nun finanzielle Nachteile.

Die Trägerverbände reagierten denn auch mit Genugtuung auf den Rückzieher Laschets. „Wir begrüßen es, dass sich der Minister eindeutig zu dem erarbeiteten Kompromiss bekennt“, erklärte der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände Uwe Becker. Nun müsse man sich schnell „an einen Tisch setzen“, um den Gesetzentwurf im Sinne des Kompromisses zu überarbeiten.

Kritik bekam Laschet auch aus eigenen Reihen. Der Düsseldorfer Oberbürgermeister Joachim Erwin (CDU) be-

zeichnete den Gesetzentwurf als „inakzeptabel“. „Er wird“, so Erwin weiter, „den Anforderungen an eine qualifizierte Weiterentwicklung und den Ausbau von Kindertagesstätten nicht gerecht“.

Die SPD-Opposition im Landtag bezeichnete Laschets Ankündigung von Nachbesserungen als „Flucht nach vorne“. Der Minister müsse nun eingestehen, dass sein Gesetzentwurf „schlampig formuliert und wenig durchdacht“ sei, so SPD-Fraktionsvize Britta Altenkamp. „Kibiz bleibt an den entscheidenden Stellen Mumpitz.“ Grünen-Familienexpertin Andrea Asch kritisierte, durch das neue Gesetz würden Qualität und Standards in der Kinderbetreuung gesenkt.